

ANFRAGE von Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich), Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon) und Livia Knüsel (Grüne, Schlieren)

Betreffend PFAS im Kanton Zürich

Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) – sogenannte Ewigkeitschemikalien oder «forever chemicals» – sind überall. In den 1940er-Jahren entwickelt, kommen sie bereits seit Jahrzehnten in allen möglichen Bereichen und Produkten zum Einsatz: beispielsweise in Bratpfannen, Outdoorjacken oder elektronischen Geräten. Durch Düngung mit kontaminiertem Klärschlamm gelangten PFAS in die Böden. So sind sie auch im Grundwasser, in Nahrungsmitteln und menschlichen Körpern zu finden. Auch wenn wir die Verwendung von Produkten mit PFAS sofort stoppten, würde die Umwelt trotzdem noch viele Jahrzehnte PFAS enthalten. Problematisch ist dies, weil PFAS gesundheitsschädlich sind: Sie verursachen Krebs, mindern die Fruchtbarkeit und schwächen das Immunsystem.

Der Kanton St. Gallen hat letzte Woche aufgrund zu hoher PFAS-Werte ein Verkaufsverbot für Rindfleisch verhängt. Betroffen sind fünf Landwirtschaftsbetriebe in sechs Gemeinden. Da PFAS überall ist und Klärschlamm bis 2006 in der ganzen Schweiz als Düngemittel verwendet wurde, handelt es sich nicht um ein lokales Problem. Dies zeigt auch die nationale Grundwasserbeobachtung. Die giftigen PFAS wurden fast in jeder zweiten Grundwasserprobe gefunden, in der Nähe des Mettmenhaslisees in Niederhasli waren die Belastungen besonders hoch. Und gemäss Artikel des Zürcher Unterländers vom 30. März 2023 sollen die Belastungen mit PFAS-Chemikalien auch in Dällikon (im Boden) sowie in Opfikon-Glattbrugg, Bülach, Höri und Glattfelden (in Oberflächengewässern) beunruhigend sein. Wir ersuchen den Regierungsrat darum um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie schätzt die Regierung die Gefahr einer PFAS-Kontaminierung von Nahrungsmitteln sowie des Grund- und Trinkwassers im Kanton Zürich ein?
2. Welche Nahrungsmittel und Grundwasserstellen im Kanton Zürich werden auf PFAS analysiert? In welcher Häufigkeit finden die Tests statt?
3. Wie hoch beziffert die Regierung den potenziellen volkswirtschaftlichen Schaden, der durch PFAS entsteht (z.B. durch Sanierung der Böden, Entschädigung betroffener Bäuerinnen und Bauern, gesundheitliche Schäden der Menschen im Kanton Zürich)?
4. Was unternimmt die Regierung, um Altlasten im Kanton Zürich zu beseitigen und den PFAS-Eintrag in die Umwelt rasch zu reduzieren?
5. Was trägt der Kanton Zürich bei, damit das Vorsorgeprinzip angewendet und die Freisetzung neu entwickelter PFAS verhindert wird? Unterstützt er als Wirtschafts- und Innovationsstandort die Produktforschung und -entwicklung PFAS-freier Produkte?

Benjamin Krähenmann
Benjamin Walder
Livia Knüsel